

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/08/2009

**über die öffentliche Sitzung am 06.05.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:01 Uhr
Ende : 22:38 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

bis 21:00 Uhr; TOP 6

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Herr Jörn Schade

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Grassau

i. V. f. StVO Heidenreich

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss

Kinder- und Jugendbeirat/öffentlicher Teil

Herr Karl-Heinz Harder

Seniorenbeirat/öffentlicher Teil

Verwaltung

Frau Ursula Pepper

ab 19:20 Uhr; TOP 2

Frau Andrea Becker

Herr Stephan Schott

Frau Stefanie Mellinger

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Dieter Heidenreich

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt
- Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt - **2009/033**
5. Antrag der SPD-Fraktion über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände Erlenhof **AN/0028/2009**
6. Klaus-Groth-Straße im Abschnitt vom Reeshoop bis zur Großen Straße
- Teileinziehung einer öffentlichen Verkehrsfläche zur Errichtung einer Fußgängerzone - **2009/051**
7. Endgültige Herrichtung der Flächen vor den Rampen der Tiefgarage Klaus-Groth-Straße
8. ÖPNV Stadtverkehr Ahrensburg **2009/058**
- Taktverdichtung auf der Linie 576 und DFI
- Aktuelle Tendenzen
9. Kenntnisnahmen
- 9.1. Ersatzloser Abbau des Parkleitsystems
- Konkretisierung des BPA-Beschlusses vom 29.04.2009
- 9.2. Terminvorschläge zur Besichtigung der Bahnhaltestelle Gartenholz einschl. Industriestammgleis
10. Verschiedenes
- 10.1. Grundzüge der neuen Landesbauordnung Schleswig-Holstein
- 10.2. Stufen am Rathauseingang
- 10.3. Nachtbeleuchtung des Parkhauses Alte Meierei
- 10.4. Sicherstellung des Datenschutzes bei der Verfolgungszählung von Verkehrsteilnehmern
- 10.5. Aufstellung von Fahrgastunterständen
- 10.6. Initiative zum Abbau von Verkehrszeichen

1 Festsetzung der Tagesordnung

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der Sitzung am 29.04.2009 nur angerissenen oder gar vertagten Themen und schlägt vor, die Tagesordnung zu ergänzen um

- TOP 7 neu „Endgültige Herrichtung der Flächen vor den Rampen der Tiefgarage Klaus-Groth-Straße“

im öffentlichen Teil sowie

- TOP 12 neu „Vergabe von Planungsaufträgen“ und
- TOP 13 neu „Verschiedenes“ (wegen Verfahrensfragen)

im nicht öffentlichen Teil.

Daneben wird auf Anregungen von Ausschussmitgliedern geklärt, dass

- TOP 5 (Antrag der SPD-Fraktion zum Gelände Erlenhof)

die privatrechtlichen Aspekte nur insoweit angerissen werden dürfen, wie sie bereits öffentlich bekannt gemacht worden sind, die öffentliche Beratung also mit einer gebotenen Mäßigung der Ausschussmitglieder verbunden ist,

- TOP 8 (Stadtverkehr Ahrensburg)

zwar vorgestellt wird, die Vorlage jedoch wegen der späten Verteilung noch nicht innerhalb der einzelnen Fraktionen abgestimmt werden konnte und insofern evtl. eine Entscheidung noch nicht möglich ist.

Abschließend bezieht sich der Vorsitzende auf die Empfehlung, neben dem generell unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden TOP 11 „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch“ die Tagesordnungspunkte 12 und 13 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Den BPA-Mitgliedern wird die Möglichkeit eingeräumt, den im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 29.04.2009 gefassten Beschluss angesichts der geänderten Fassung zu prüfen; er wird erst unter TOP 3 wörtlich veröffent-

licht, wenn bis zum 12.05.2009 beim Protokollführer keine Einwendungen gegen die verteilte Fassung erhoben worden sind.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Elmers warnt vor der Gefahr, dass die provisorische Bushaltestelle „Große Straße“ auf der Ostseite des Reeshoop wegen des zu geringen Abstandes zur Einmündung Klaus-Groth-Straße sowie wegen der Zunahme an Aus- und Einsteigern in die Linienbusse und der hierdurch ausgelösten längeren Haltezeit verstärkt die Zufahrt in die Tiefgarage der Klaus-Groth-Straße blockiert wird; die Verwaltung sagt zu, dieses prüfen zu lassen und die Situation ab Juni 2009 besonders zu beobachten.

Des Weiteren unterbreitet **Herr Elmers** Vorschläge, um den Spätverkehr attraktiver zu gestalten: So sollte überlegt werden, ob bei der Linie 268 die Wartezeit am U-Ahrensburg West nicht dazu genutzt werden kann, die Siedlung Waldgut Hagen besser zu erschließen, indem der Spätbus durch den Vogel-sang und nicht durch die Hager Allee fährt, und ob die Linie 568 nicht da-hingehend geteilt werden kann, dass die am Bahnhof Ahrensburg ankommenden Kunden des SPNV nicht erst den Stadtteil Gartenholz umfahren müssen, bevor die westlichen Wohnquartiere erreicht werden. Hierzu verweist die Verwaltung auf die Trägerschaft des Kreises Stormarn und die Aus-sage, dass eine Zunahme der Fahrzeit und -strecke mit spürbar höheren Kos-ten verbunden wäre.

Wegen der Anregung, die U-Bahnlinie U 1 mit ihren Nachtfahrten in Wochen-endnächten nicht in Volksdorf enden, sondern zumindest stündlich bis nach Großhansdorf durchfahren zu lassen, da der dortige Betriebshof ohnehin an-gefahren wird, werde man eine Stellungnahme des Kreises Stormarn einho-len.

Herr Kupfer bezieht sich auf TOP 4 der heutigen Sitzung und merkt an, dass in der Vorlagen-Nr. 2009/033 seines Erachtens

- die Ergebnisse der Jugendzukunftswerkstatt, unter anderem das IKEA-Quartier, fehlen und
- die Entwicklung des Gewerbegebietes West keinen Ausfluss aus der Zukunftswerkstatt darstellt.

Herr Mächler bezieht sich auf den Zeitungsbericht, wonach die Fassaden- und Fenstersanierung des Rathauses im Umfang von 2,5 Mio. € für das Kon-junkturprogramm angemeldet werden sollen. Er bittet zu prüfen, ob diese Maßnahme sinnvoll ist, zumal das Holz der Fenster von der Substanz her in Ordnung sei und zu klären wäre, ob mit Änderungen an Fensterscheiben, Dichtungen sowie evtl. der Falz- und Beschlagstechnik nicht auch die ge-wünschte energetische Wirkung erzielt werden kann. Daraufhin wird erläutert, dass in einer ersten Phase das Land über die angemeldeten Projekte ent-scheiden werde, bevor in einem zweiten Schritt die endgültige Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung am 13.07.2009 obliege.

Herr Knoll regt an, die Beschilderung mit den Zeitangaben für die Wiederer-

öffnung der Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße entsprechend der Willensbekundung der Selbstverwaltung dahingehend zu ändern, dass kein Öffnungstermin angekündigt wird.

Auf die Frage des **Herrn Rüssmann** bestätigt die Verwaltung, dass die Nase im verlängerten Heinz-Beusen-Stieg auf Höhe der Ein- und Ausfahrt des Parkhauses Alte Meierei der Verkehrssicherheit dienen soll. Hinterfragt wird, ob dieses dem beschlossenen Ausbauprogramm entspricht.

Herr Siemers erinnert an die von der Bauamtsleitung im Januar 2009 zugesagte Kontaktaufnahme mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Lübeck, in der Frage, ob die südliche Ortsumgehung Hammoor mit genutzt werden kann für eine weiträumige Umfahrung Ahrensburgs.

Auf die Nachfrage des **Herrn Fischer** zum Erlenhof-Gelände wird festgestellt, dass mögliche ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen und in der Nähe nachgewiesen werden sowie dass eine Nutzung der unbebauten Fläche als Windkraftpark nach derzeitiger Beschlusslage nicht möglich ist.

Frau Meiler befürchtet, dass die Entwicklung Erlenhof mit einer Zunahme des Verkehrs und einer Straßenverbindung von der Lübecker zur Bünningstedter Straße verbunden wäre und appelliert an die Entscheidungsträger, die Lasten des motorisierten Individualverkehrs auf viele Schultern bzw. Anlieger zu verteilen.

Es liegen keine weiteren Fragen vor, der Tagesordnungspunkt wird vom Vorsitzenden geschlossen.

3 Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 29.04.2009 betrifft den TOP „Verkehrsuntersuchung zum Knoten Hamburger Straße/Woldenhorn/An der Reitbahn und Möglichkeiten zur Realisierung des Kreisverkehrsplatzes“, wobei es zu folgendem Beschluss einschließlich Auftragsvergabe gekommen ist:

1. Die beiden in der verkehrstechnischen Untersuchung der BBW Ingenieurgesellschaft mbH das prognostizierte Verkehrsaufkommen abwickelnden Ausbaualternativen
 - Turbo-Kreisverkehr und
 - Ausbau der Kreuzung mit Lichtsignalanlagewerden weiter verfolgt.
2. Der die Leistungsphasen 1 und 2 gemäß HOAI umfassende Teilauftrag, mit dem die BBW Ingenieurgesellschaft mbH beauftragt war, gilt damit als abgeschlossen. Der im nicht öffentlichen Teil der BPA-Sitzung am 18.06.2008 beschlossene Antrag wird aufgehoben, soweit er nicht die abgewickelten Punkte 1 und 2 betrifft.
3. Der BPA beauftragt die Verwaltung das Büro SHP Ingenieure, Hannover, mit der Leistungsphase 3 „Entwurfsplanung“ (30 %) und diese für beide unter 1. genannten Varianten zu entwerfen sowie auf deren Realisierbarkeit hin zu überprüfen.
4. Erst nach der Grundsatzentscheidung des BPA ist zu entscheiden,
 - auf welche Variante oder welche Varianten sich das zu erstellende Sicherheitsaudit Straßen (Zertifizierter Auditor nach FGSV oder BAST) beziehen soll,
 - über die Vergabe weiterer Leistungsphasen.
5. Als räumliche Abgrenzung zu dem im östlichen Kreuzungsbereich liegenden Grundstück Hamburger Straße 25 – 27 soll das im nördlichen Bereich für das Gelände Hamburger Straße 18 – 20 genehmigte Bauvorhaben herangezogen werden, wobei die zum Mittelpunkt des Verkehrsknotens sich ergebenden Radien sowohl im Erdgeschoss als auch in den Obergeschossen als Grenze für die Gebäudefront gelten; vor dem Verkauf ist die Zustimmung des BPA zum Neubauvorhaben einzuholen.

4 **Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt** 2009/033 - Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt -

Zum Verfahren einigt man sich darauf in der heutigen Sitzung, alle Stellungnahmen anzusprechen, egal, ob sie sich auf die Ziele oder auf die Empfehlungen/Projekte beziehen, um angesichts der Vielzahl der dem BPA obliegenden Themen zumindest die Punkte abzuschließen, bei denen sich ein Konsens andeutet.

Sodann werden folgende Ziele angesprochen:

1.1 Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten innerhalb der Bebauungsgrenzen Ahrensburgs

Ein Sitzungsteilnehmer regt an, hierunter die „Schaffung von kleineren Wohnquartieren für alternatives und für junge Wohngemeinschaften geeignetes Zusammenleben“ zu konkretisieren. Man kommt in Anlehnung an die gesonderte Aufführung der „altengerechten Wohnformen“ überein, dass dieses Ziel zwar betroffen ist, das konkrete Projekt jedoch besser unter der „Empfehlung zur Umsetzung“ beim Leitgedanken 1 (vgl. Anlage 2, Seite 1; handschriftliche Seite 7 der Vorlage) ergänzend angeordnet werden sollte.

Wie abschließend festgestellt wird, müssen die sonstigen Ziele, die in die Zuständigkeit des BPA fallen, nicht thematisiert werden, da sie unstrittig sind.

Anschließend werden folgende Umsetzungen/Projekte angesprochen:

Man bezieht sich auf die auf den handschriftlichen Seiten 7 und 8 der Vorlage erwähnten Projekte, die wie folgt lauten:

- Realisierung von Neubaugebieten erst nach Ausschöpfung der Innenentwicklungspotentiale
- Keine Abrundung des Siedlungsgebietes soll mehr als 100 Wohneinheiten umfassen

Während die Priorisierung der Innenentwicklung begrüßt wird und hierbei die Ausführungen der Fachplaner zu beachten sind, besteht zum zweitgenannten Spiegelstrich Interpretationsbedarf. So könnten laut Hinweis der Verwaltung unter einer „Abrundung des Siedlungsgebietes“ auch separat liegende Flächen, wie das Erlenhof-Gelände, verstanden werden. Die Begrenzung auf maximal 100 Wohneinheiten pro einzelnen Bereich sei städtebaulich problematisch, da erst eine gewisse Größenordnung eines Quartiers bestimmte in anderen Zielen gewünschte Wohnformen und Entwicklungen ermögliche. Zum Vergleich: Die beiden Neubaugebiete Ahrensburger Redder (ca. 200 WE) und Wulfsdorf (Allmende und Wilde Rosen zusammen ca. 150 WE) liegen jeweils über der genannten Grenze.

Dieses Thema soll zunächst in den Fraktionen abgestimmt werden.

Zu dem auf der handschriftlichen Seite 8 genannten Vorhaben

- Ausrichtung der Bautätigkeit an vorhandener Infrastruktur und an den Bahnhöfen

wird nach Erörterung angemerkt, dass dieser grundsätzliche Aspekt – unabhängig von der zum Teil schweren Umsetzung – allseits mitgetragen werden kann, da durch die Anordnung größerer Baumassen im nahen Umfeld der Infrastruktur der motorisierte Individualverkehr vermieden oder reduziert werden kann.

Festgestellt wird, dass unter der auf der handschriftlichen Seite 9 genannten

- Anbindung des Gewerbegebiets Nord an die Innenstadt

nicht die Nordtangente, sondern insbesondere der nachvollziehbare Wunsch zu verstehen ist, etwa durch fußläufige Verbindungen die Barrieren Bahnstrecke und Ostring zu überwinden in die Richtungen Weinberg und Alleenviertel.

Dagegen dürfte die Nordtangente unter die Empfehlung auf Seite 9 der Vorlage fallen, die formuliert ist

- Bessere Verkehrsanbindung Gewerbegebiet Nord

und strittig beurteilt wird.

Bei den auf den handschriftlichen Seiten 9 und 14 genannten Maßnahmen

- Prüfung der Möglichkeiten zur Realisierung eines Bildungscampus
- Bildungscampus

wird die eigentliche Zuständigkeit beim BKSA gesehen, während es lediglich eine inhaltliche Verknüpfung zu den Themen des BPA gibt. Dementsprechend sollte sich der BKSA in seiner Sitzung am 07.05.2009 mit diesen Maßnahmen befassen.

Intensiv ringt der BPA über die auf der handschriftlichen Seite 10 genannte „Weiträumige Umfahrung:“, sowohl was die Formulierung als auch die zeitliche Abfolge der Verfahrensschritte betrifft. Letztlich wird empfohlen, folgende Fassung abzustimmen:

Auf Grundlage der Daten aus der Verkehrszählung und des Masterplanes Verkehr ist im Laufe des Jahres 2009 vordringlich zu prüfen, ob und inwieweit die als dringend erachteten weiträumigen Umfahrungen realisiert werden sollten und die Abstimmung mit den Nachbarkommunen kurzfristig zu suchen ist.

Angesichts der Zeitplanung bei der Aufstellung des Masterplanes Verkehr

und des Ergebnisses der Ausschreibung des Busnetzes OD 1 durch den Kreis Stormarn werden die beiden auf der handschriftlichen Seite 11 der Vorlage genannten Maßnahmen angepasst und wie folgt gefasst (Änderungen sind fett vermerkt):

- Informationsveranstaltung/Einwohnerversammlung (nach Verkehrszählung im **III.** Quartal 2009)
- Prüfung der Möglichkeiten für die Realisierung eines Stadtbusses in Ahrensburg, Einführung möglichst bis **2013**

In Bezug auf das ebenfalls auf der Seite 11 erwähnte Projekt

- Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes (inkl. Bildung einer AG Radverkehr)

wird festgestellt, dass dieses Projekt allumfassend zu verstehen ist, also nicht nur innerstädtische Radwege und so genannte Fahrrad-Highways, sondern auch allgemeine Aspekte umfasst sowie unabhängig davon zu sehen ist, aus welchen Beweggründen der Verkehrsbedarf besteht (Schul- und Arbeitsweg, Freizeit und ähnliches).

Auf Nachfrage zum Thema (vgl. handschriftliche Seite 13 der Vorlage)

- Große Straße – inkl. neue Planung für das Rondeel

wird angemerkt, dass hierunter die verstärkte Verkehrsberuhigung im Sinne des Shared-Space-Systems zu verstehen ist – wobei Anregungen vom „Runden Tisch Innenstadt“ zu erwarten sind –, nicht jedoch die Öffnung des Rondeels für ein Durchfahren mit dem motorisierten Individualverkehr umfasst.

Auf Verständnisfrage wird geklärt, dass unter dem auf der handschriftlichen Seite 14 genannten Panorama-Cafe die neue Einrichtung eines Cafes zu verstehen ist am Standort Stadtterrasse, Schulstraße/Blick auf das Schloss unter Zugrundelegung des Projektes „Neue Wache“.

Thematisiert wird abschließend die Frage, ob die südlich der U-Bahnstrecke verlaufende Trasse des Kuhlenmoorweges angesichts des betroffenen oder zumindest unmittelbar angrenzenden Naturschutzgebietes überhaupt mit untersucht werden oder nicht von vornherein als Alternative ausscheiden sollte. Zwar halten mehrere Sitzungsteilnehmer die Realisierung dieser Straßenverbindung für unrealistisch, die Planungsmittel zur näheren Betrachtung dieser Trasse sind jedoch nach den Ausführungen der Verwaltung sinnvoll eingesetzt, da Umgehungsstraßen im Süden des Ahrensburger Stadtgebietes generell auf massive Bedenken ökologischer Art stoßen und man im Planungsverfahren nachweisbar einen Abwägungsprozess durchzuführen hat, bei dem keine mögliche Alternative von vornherein ausgeschlossen werden darf.

Nachdem darauf hingewiesen worden ist, dass das auf Seite 7 erwähnte und den BPA indirekt betreffende Projekt

- Prüfung der Einrichtung eines Ambulanzentrums im Gewerbegebiet West (Stichwort: Poliklinik)

vom Finanzausschuss offensichtlich verworfen worden ist, kommt man überein, in der heutigen Sitzung lediglich über Punkt 1 des Beschlussvorschlages abzustimmen und die Entscheidung über den 2. Teil des Beschlussvorschlages auf die nächste BPA-Sitzung zu vertagen.

„Die Niederschrift wird um die Aussage der Bürgermeisterin auf Grundlage der telefonischen Anfrage der UNB (untere Naturschutzbehörde des Kreises Stormarn) ergänzt: „Die Trasse ist out.“

Dementsprechend wird über folgenden **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

Die Fachausschüsse nehmen Stellung zu den Zielen (Anlage 1), die in ihrer Zuständigkeit stehen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5 **Antrag der SPD-Fraktion über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände Erlenhof** AN/0028/2009

Nachdem der Antragsteller für die SPD-Fraktion seine Initiative begründet hat, äußern andere Ausschussmitglieder inhaltliche Bedenken. Die wesentlichen in der Beratung geäußerten Aspekte sind stichwortartig aufgeführt:

Gründe dafür:

- Die Stadt selbst hat die maßgeblichen Flächen des Erlenhof-Geländes selbst erworben oder durch Dritte erwerben lassen und ist im letztgenannten Fall teilweise Übernahmeverpflichtungen eingegangen. Das Bauerwartungsland unentwickelt zu lassen, könnte mit einer erheblichen finanziellen Belastung des städtischen Haushalts einhergehen.
- Die Eigentümerin deutet an, die ihr obliegenden rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, wenn nicht von der Stadt das Signal gegeben wird, die anfänglich gemeinsam vertretenen Ziele zu verwirklichen. Das Vorgehen sei durch die besondere Lage der eigentlichen Eigentümerin und die lange Vorfinanzierung zumindest erklärbar.
- Die in der Kommunalwahl abgegebenen Versprechen, den Erlenhof möglichst nicht zu entwickeln, seien unredlich, zumal die mit dem zusätzlichen Wohnraum in Ahrensburg einhergehende Verkehrszunahme auch entsteht, wenn die Wohnungssuchenden in die ländliche Region ziehen und verstärkt gezwungen sind, den motorisierten Individualverkehr zu nutzen.
- Die im Rahmen der Zukunftswerkstatt favorisierte Variante mit dem moderaten Wachstum sei nicht durch die Nachverdichtung bestehender Baugebiete zu erreichen. Das Erlenhof-Gelände biete sich unter städtebaulichen Aspekten (vgl. Abrundung von innenstadtnahen Siedlungsgebieten mit Anbindung an den SPNV) und zur Verwirklichung vieler Ziele der Zukunftswerkstatt an.

Argumente dagegen

- Die Gründe zur Aufstellung eines Bebauungsplanes seien abschließend im § 1 BauGB aufgeführt, privatrechtliche Aspekte und Verpflichtungen aller Art seien nicht genannt; der Antrag der SPD wäre ggf. rechtlich anzupassen.
- Mit dem Antrag schaffe man trotz des kommunalpolitisch abgestimmten Verfahrens, über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) zur Neuaufrstellung eines Flächennutzungsplanes zu kommen, vorab Fakten. Die städtebauliche Entwicklung des Erlenhofes stelle hierbei eine wesentliche Entscheidung dar, die nicht vorweg genommen werden darf, zumal diese öffentlich nicht von der Mehrheit der Teilnehmer/innen an der Zukunftswerkstatt getragen wird.

- Es fehlen weitere Grundlagen, um zu beurteilen, ob und ggf. in welchem Umfang und wo Neubaugebiete verträglich entstehen können, nachdem vordringlich das Potential der Nachverdichtung ausgeschöpft worden ist.

Im Laufe der Diskussion wird auf die bereits verteilte Stellungnahme des Büros Düsterhöft BPW vom 28.04.2009 zur „Ermittlung der Wohnbaupotentiale“ verwiesen und der dem Protokoll beigefügte Verwaltungsvorschlag zum weiteren Vorgehen an die Sitzungsteilnehmer ausgehändigt.

Betont wird zum einen, dass durch den demographischen Faktor die Entscheidung zugunsten dem moderaten Wachstums kurzfristig getroffen werden muss und zum anderen der Einstieg in das Verfahren zur Entwicklung des Erlenhofes auch alternativ durch den Beschluss zur Aufstellung eines Rahmenplanes vorstellbar sei.

Man kommt überein, die Entscheidung zu vertagen und die Verwaltung aufzufordern, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die zum Ziel hat, im Vorgriff auf kleinteiligere Bebauungspläne einen städtebaulichen Rahmenplan für den Erlenhof zu erarbeiten.

6 Klaus-Groth-Straße im Abschnitt vom Reeshoop bis zur Großen Straße 2009/051
- Teileinziehung einer öffentlichen Verkehrsfläche zur Errichtung einer Fußgängerzone -

Die Verwaltung bezieht sich auf den Beschluss vom 03.09.2008 sowie die in den beiden April-Sitzungen 2009 hierzu gegebenen Hintergrundinformationen. Der Sachverhalt wird anhand von Folien vorgestellt, die diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt sind.

Da der Eigentümer des maßgeblichen anliegenden Grundstücks zwar seine Absicht erklärt hat, das unterirdische Anschlussbauwerk zwischen der Tiefgarage unter dem Rathausplatz und dem Unterführungsbauwerk Klaus-Groth-Straße in 2009 fertig errichten zu wollen, und dieses im Zusammenhang steht mit den weiteren privaten Bauprojekten

- Um- und Anbau des Gebäudes Klaus-Groth-Straße 9 – 11/Rathausplatz 4 bis 9
- Sanierung der privaten Tiefgarage unter dem Rathausplatz
- Errichtung eines weiteren Zugangs zur Tiefgarage unter dem Rathausplatz

nicht jedoch eine verbindliche Erklärung abgegeben hat, könnte auf Grundlage des Gesetzes, nach der die einzuziehende Fläche im Verfahren offensichtlich nicht angepasst werden kann, gesichert nur die kleinere, östliche Fläche (vgl. Anlage 4 der Vorlage) von der Teileinziehung betroffen sein. Zwar erörtert der BPA, dass sich der Sinn des Verfahrens im Wesentlichen auf diesen östlichen Straßenabschnitt bezieht und im Westen weniger Fußgängerverkehr zu erwarten ist, eine größere Fußgängerzone jedoch dem ursprünglichen Wunsch entspricht, der Stadt mehr Möglichkeiten zur attraktiven Gestaltung des Straßenraumes bietet und eine eindeutigere Verkehrsführung ermöglicht.

Letztlich stellt man fest, dass durch den aufgeschobenen Straßenausbau in der Klaus-Groth-Straße kein Zeitdruck mehr besteht und eine Empfehlung in dieser Angelegenheit erst im Juli 2009 ausgesprochen werden soll. Dementsprechend wird die Entscheidung in der heutigen Sitzung vertagt.

7 Endgültige Herrichtung der Flächen vor den Rampen der Tiefgarage Klaus-Groth-Straße

Auf Anregung eines Sitzungsteilnehmers hatte die Verwaltung in der BPA-Sitzung am 29.04.2009 (vgl. TOP 9.2) zugesagt, im Vorgriff auf den späteren Ausbau der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Reeshoop bis Große Straße bereits heute über das Ausbauprogramm entscheiden zu lassen, soweit die zu asphaltierenden Flächen vor den zentralen Tiefgaragenrampen betroffen sind. Das Vorziehen dieser Teilmaßnahme hat zum Ziel, dass während des in das nächste Jahr verschobenen Straßenausbaus die große Tiefgarage nicht mehr langfristig gesperrt werden muss.

Der BPA schließt sich der Auffassung an, entgegen des Beratungsergebnisses am 01.04.2009 (vgl. Protokoll Nr. 06/2009; TOP 7, zu Vorlagen-Nr. 2009/034.1), wonach vor Verabschiedung des Ausbauprogramms noch diverse Details zu klären sind, bereits heute den entsprechenden Teil des Bauprogramms zu beschließen. Dieses Bauprogramm wird zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt um den Detailausbau in der Klaus-Groth-Straße im Bereich Reeshoop bis westliche Kohlschietstraße.

Anhand von Plänen und Fotos (**vgl. auch Anlage**) wird anschließend über die Form des bis zur Eröffnung des CCA II. BA am 25.06.2009 fertig zu stellenden Ausbauprogramms beraten. Dabei wird nochmals verdeutlicht, dass die Granitborde die Fahrspur einfassen und der Höhenunterschied von 2 bis 3 cm sowohl blindengerecht ist als auch der Verkehrssicherheit dient, ohne rechtlich als Stolpergefahr zu gelten. Da auf die Fahrspuren einerseits erhöhte Schubkräfte wirken und andererseits der Baustoff optisch gegenüber der sonstigen Verkehrsfläche hervorgehoben werden soll, ohne eine Vorfahrt zu suggerieren, kommt der Ausschuss überein, die Fahrspuren zu asphaltieren mit der Maßgabe, vordringlich den Asphalt mit rötlichem Gestein/Splitt zu versehen oder nachrangig aufgehellten Asphalt zu verwenden.

Über dieses Teilbauprogramm wird abgestimmt mit dem Hinweis, dass soweit erforderlich der Unterbau entsprechend mit verstärkten Frostschutz- und Tragschichten nach der aktuellen RStO herzustellen ist.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür

1 Enthaltung

- Taktverdichtung auf der Linie 576 und DFI
- Aktuelle Tendenzen

Nachdem die Verwaltung die Vorlage anhand der dem Protokoll beigefügten Folien vorgestellt hat, werden zu den Einzelthemen folgende Aspekte erwähnt:

1. Die direktere Führung der **Buslinie 576** über den Waldemar-Bonsels-Weg wird begrüßt und soll der Verkürzung der Fahrzeit dienen. Der Taktverdichtung in der Nebenverkehrszeit wird angesichts der vielfältigen Vorteile zugestimmt, auch wenn der benötigte Förderbetrag hoch erscheint und beim 20-Minuten-Takt der U 1-Linie nicht jeder halbstündig verkehrende Linienbus eine gute Anbindung haben kann.
2. Die **Dynamische Fahrgastinformation** wird als sinnvoll eingestuft und dürfte insbesondere für gelegentliche Nutzer des ÖPNV attraktiv sein, wobei versucht werden sollte, die jährliche Belastung in Zusammenarbeit mit dem Anbieter und dem Kreis Stormarn zu begrenzen.
3. Begrüßt wird, dass die Ziele des **Stadtbuskonzeptes** ab Sommer/Herbst 2009 intensiver aufgegriffen werden. Vorab werden dieser Niederschrift Unterlagen angehängt, mittels deren die Umstiegsmöglichkeiten am ZOB/Bahnhof Ahrensburg und die terminliche Wahl des 30-Minuten-Taktes verdeutlicht werden; eine Anbindung der Busverbindungen an den künftig im Stundentakt verkehrenden Regional-express Richtung Hamburg hat danach keine Priorität.

Abschließend wird über den **Beschlussvorschlag** abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9 Kenntnisnahmen

9.1 Ersatzloser Abbau des Parkleitsystems - Konkretisierung des BPA-Beschlusses vom 29.04.2009

In Bezug auf den BPA-Beschluss vom 29.04.2009 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 7/2009; unter TOP 4), das Parkleitsystem ersatzlos zu entfernen, merkt die Verwaltung an, dass diese Entscheidung einer Interpretation bedarf. Nachdem anhand von Fotos die einzelnen Stufen des so genannten Parkleitsystems verdeutlicht worden sind (vgl. Anlage), kommt der BPA überein, den oben genannten Beschluss nur auf die Schilder zu beziehen, die in den Zufahrtsstraßen zum Zentrum-Ring installiert sind.

9.2 Terminvorschläge zur Besichtigung der Bahnhaltestelle Gartenholz einschl. Industriestammgleis

In der BPA-Sitzung am 29.04.2009 zeigte sich der Ausschuss interessiert an dem Angebot der Verwaltung, die Baustelle des Bahnhaltepunktes Gartenholz und in diesem Zusammenhang das Gewerbestammgleis zu besichtigen; in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden schlägt die Verwaltung vor, die Ortsbegehung an einem Donnerstag ab 19:00 Uhr durchzuführen, wobei als Terminvorschläge der 11., 18. und 25.06.2009 in Frage kommen. Eine entsprechende Rückmeldung der Ausschussmitglieder wird in Kürze angefordert.

10 Verschiedenes

10.1 Grundzüge der neuen Landesbauordnung Schleswig-Holstein

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf das Inkrafttreten der neu gefassten Landesbauordnung Schleswig-Holstein zum 01.05.2009 und merkt an, dass seines Wissens erhebliche Änderungen eingetreten sind, die sich etwa auf die Grenzabstände von Gebäuden oder die Form der Antragstellung und der fiktiven Genehmigung beziehen. Auf seine Bitte hin sagt die Verwaltung zu, in einer der nächsten Sitzungen über die Grundzüge der neuen Gesetzeslage zu referieren.

Anmerkung der Verwaltung:

Als Termin für dieses Referat ist nunmehr die BPA-Sitzung am 17.06.2009 angedacht.

10.2 Stufen am Rathauseingang

Auf Nachfrage merkt die Verwaltung an, dass die Entfernung bzw. der spätere Ersatz der Kunststoffaufsätze auf den Stufen des Rathauseingangs im Zusammenhang stehen mit dem Polieren der Bodenbeläge im Foyer einschließlich der Treppenanlage vor dem Rathaus.

10.3 Nachtbeleuchtung des Parkhauses Alte Meierei

Die Bauaufsicht wurde in der BPA-Sitzung am 04.02.2009 (vgl. Niederschrift Nr. 03/2009; TOP 11.1) gebeten zu prüfen, ob das neue Parkhaus auf dem Grundstück der Alten Meierei auch nach Inbetriebnahme nachts in der derzeit festzustellenden Intensität beleuchtet werden darf mit der Folge, dass sich die in der Nähe befindliche Wohnbevölkerung gestört fühlt. Die Verwaltung sagt auf Nachfrage zu, die rechtliche Prüfung in Kürze abzuschließen und dem Ausschuss eine Stellungnahme zu geben.

10.4 Sicherstellung des Datenschutzes bei der Verfolgungszählung von Verkehrsteilnehmern

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf einen Artikel in der örtlichen Presse, in dem angekündigt worden ist, die Erhebung der Verkehrsdaten zur Erarbeitung des Masterplanes Verkehr auch über „Videokameras“ und „Radaranlagen“ vorzunehmen. Angesichts der hierdurch hervorgerufenen Ängste in der Bevölkerung fordert es die Verwaltung auf, nicht nur bei der Auftragserteilung, sondern auch im Rahmen der Datenerfassung und -auswertung zu prüfen und damit im konkreten Fall sicherzustellen, dass das geltende Datenschutzrecht eingehalten und die Daten anonymisiert erfasst werden.

10.5 Aufstellung von Fahrgastunterständen

Ein Ausschussmitglied erinnert an die bereitgestellten Haushaltsmittel zur Installation von modernen Buswartehäuschen. Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung die Anforderung von Angeboten, unter anderem für die erstmalige Ausstattung der Haltestelle Schloss Ahrensburg Richtung Innenstadt (Standort Weinberg-Knoten, Schlossseite).

10.6 Initiative zum Abbau von Verkehrszeichen

Wie ein Ausschussmitglied anmerkt, sind die Anregungen zum Abbau von Verkehrszeichen noch nicht vollständig umgesetzt worden. So gelte es, wie vom ADFC erbeten, kurzfristig den Grünen Pfeil an der Einmündung der Brückenstraße in die Hamburger Straße ersatzlos zu entfernen.

In dem konkret erwähnten Fall musste zunächst die Anordnung der Verkehrsaufsicht mit der entsprechenden Begründung eingeholt werden; mit der Umsetzung sei gemäß der Auskunft der Verwaltung in Kürze zu rechnen.

gez. Jörg Hansen
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll